

und beantwortete Fragen der Delegationsmitglieder.

Zhu Rongji versprach den Hongkonger Unternehmen, die in Westchina investieren würden, dass sie bald zu den 10 reichsten Personen in der Sonderverwaltungsregion gehören würden. Der Ministerpräsident strich die Anstrengungen der Zentralregierung heraus, die Infrastruktur in Westchina zu verbessern. (BBC PF, 24., 25.5.01)

Ob allerdings der Hinweis auf den Ausbau der Infrastruktur schon ausreicht, um die Hongkonger Tycoons zu begeistern, wird in einem Kommentar der *South China Morning Post* stark angezweifelt. Wie viele Beispiele zentraler Planung gezeigt hätten, gebe es zwar unzählige Möglichkeiten, doch die Unsicherheit sei ebenfalls sehr groß und aus historischen Erfahrungen gesehen, wären die Chancen für einen Erfolg eher gering. Der Ausgangspunkt für großangelegte Pläne, wie der Entwicklung Westchinas, müsse eine gesunde Skepsis sein. Seit 1949 habe die Beijinger Regierung versucht, ihrer Bevölkerung Westchina näher zu bringen – durch einen Transfer von der Küstenregion ins Landesinnere. Beispiele seien die Sinisierung von Tibet, der Aufbau der „dritten Linie“ als Verteidigungsprojekt in den 60er Jahren und die Verschickung Jugendlicher aufs Land während der Kulturrevolution. Trotz all dieser Anstrengungen gebe es starke Migrationswellen in die Ostregion Chinas.

Keiner der Hongkonger Tycoons, die nun aufgerufen würden, Investitionen im nationalen Interesse zu unternehmen, habe Gewinne und Erfahrungen in der Erschließung von Rohstoffressourcen gemacht. Hongkongs Reichtum stamme aus Handel und der verarbeitenden Industrie. In den letzten Jahren hätten zwar einige Unternehmer versucht, sich im Infrastrukturbereich zu engagieren, allerdings mit relativ geringem Erfolg wie beispielsweise die Cheung Kong Infrastructure bei Straßen- und Brückenprojekten auf dem Festland oder die Wharf Holdings mit ihrem Projekt zur Entwicklung der Stadt Wuhan. Selbst das singapurianische Projekt zur Entwicklung des Suzhou Industrieparks sei am bürokratischen Widerstand und an lokalen Eigeninteressen gescheitert. (SCMP, 24.5.01)

Die Anfang Juni von ihrer 10-tägigen Reise zurückgekehrte „Go-West“-Delegation hatte in ihrem Reisegepäck denn nur relativ wenige Investitionsprojekte, deren Umfang sich auf lediglich 30 Mio. US\$ belief. Zu den Projekten zählten Zusagen über den Bau von Hotels in Tibet, Betonfabriken in der Provinz Guizhou und ein Projekt zur Herstellung traditioneller chinesischer Medizin in Ningxia. Die Vorstandsvorsitzende der ChinaChem Gruppe sagte Investitionen in einer Reihe von kleineren Projekten zu, u.a. in Weinbergen in der Provinz Xinjiang. Die in Hongkong beheimatete Fluggesellschaft Dragonair hat während der Reise ein Abkommen mit der Fluggesellschaft Xinjiang über neue Flugverbindungen zwischen Hongkong und Xinjiang abgeschlossen.

Insgesamt werden das Volumen und die Art der Projekte als relativ unbedeutend eingeschätzt. Viele der Abschlüsse wären lediglich symbolischer Natur oder basierten nur auf wage formulierten Kooperationszusagen. (IHT, 7.6.01) -schü-

SVR Macau

38 Regierungschef Edmund Ho besucht das EU-Hauptquartier und Belgien

Macaus Regierungschef Edmund Ho Hau Wah (He Houhua) stattete vom 18. bis 22. Juni 2001 dem EU-Hauptquartier in Brüssel und Belgien, das ab Juli den Vorsitz in der EU führt, einen Besuch ab. Dies war der vierte Auslandsbesuch nach seinem Amtsantritt. Zuvor war er nach Portugal und Frankreich, nach Singapur und nach Japan gereist. Zu seiner 13-köpfigen Delegation gehörten u.a. die Präsidentin der Legislativversammlung Susana Chou (Cao Qizhen) und die Sekretärin für Verwaltung und Justiz, Florinda da Rosa Silva Chan (Chen Limin). Edmund Ho traf u.a. mit EU-Präsident Romano Prodi, den EU-Kommissaren für Außenbeziehungen, Christopher Patten, und für Justiz und innere Angelegenheiten, Antonio Vitorino, dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Colon Naval, und

dem Leiter des EU-Büros in Hongkong, David Ting, zusammen. Ferner machte er dem belgischen Kronprinzen Prinz Philippe und der stellvertretenden Außenministerin Annemie Neyts-Uyttebroeck seine Aufwartung. Auf Edmund Hos Besichtigungsprogramm standen Macaus Wirtschafts- und Handelsbüro in Brüssel (Leiter ist Raimundo Rosário), das Institut für europäische Studien und zwei Technikunternehmen: die Tractebel Group, die Dienstleistungen für Macaus Elektrizitätsgesellschaft CEM und für CSR, ein Franchiseunternehmen für die Behandlung chemischer Rückstände in Macau, erbringt, und die Seghers Technology Group sowie eine von ihr betriebene Abwasseraufbereitungsanlage. Macau hat laut EU-Bericht ein Wasseraufbereitungssystem, das als eines der besten in Asien gilt.

Das einzige etwas konkretere Ergebnis von Edmund Hos Brüssel-Besuch scheint der Plan zu sein, Macau zu einem Zentrum für Europastudien in Asien zu entwickeln. Prodi sicherte die Bereitschaft der EU zu, mit Macau auf dem Gebiet der europäischen Studien zu kooperieren. Macau werde oberste Priorität genießen, wenn es um die Errichtung entsprechender Institutionen gehe. Ho versprach die volle Unterstützung seiner Regierung bei diesem Vorhaben. Wenn die akademische Zusammenarbeit mit der EU gestärkt würde, würde Macaus Rolle als Brücke zwischen Europa und Asien gefestigt. Macau hat bereits Mitte der 90er Jahre ein Institut für europäische Studien und ein Euro-Informationszentrum errichtet. Christopher Patten lobte Macaus reibungslose Verwaltung seit der Rückgabe. Er erwarte, dass der EU-Report dieses Jahres die Erfolge der Regierung Macaus anerkennen werde, wie auch der EU-Bericht des letzten Jahres die Situation in Macau sowie die Arbeit der Regierung positiv bewertet habe. Er selbst reise des Öfteren nach Macau, das sicher ein attraktives Ziel für europäische Touristen werde. Bis dahin ist es allerdings noch ein langer Weg, kamen doch letztes Jahr nur 121.000 Touristen – 1,3% aller Besucher – aus Europa nach Macau. In Hongkong machten die über 1 Million Besucher aus Europa immerhin 8,2% aller Touristen aus.

Ein anderes Problem konnte während des Besuchs nicht zufrieden stellend gelöst werden. Die Entsendung eines eigenen EU-Vertreters nach Macau lässt immer noch auf sich warten. Die portugiesische Verwaltung hatte schon vor der Rückgabe Macaus an China die Einsetzung eines Verbindungsbeamten für Macau vorgeschlagen, und im Februar dieses Jahres hatte Mário Soares, Stellvertreter im Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit des Europäischen Parlaments, in einem Bericht über die Beziehungen zwischen der EU und Macau, die Benennung eines solchen Beamten dringend empfohlen. (S. dazu C.a., 2001/2, Ü 44) Immerhin hat etwa ein Viertel der Bevölkerung Macaus einen portugiesischen Pass und somit das Recht, sich in den 15 Ländern der Gemeinschaft niederzulassen. Jetzt kamen die Gesprächspartner nur wieder überein, dass das EU-Büro in Hongkong weiterhin auch für Angelegenheiten Macaus zuständig bleibt.

Bei einem Treffen mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments wurden die wirtschaftlichen Implikationen der künftigen Liberalisierung der Glücksspielindustrie in Macau, die Aufhebung der Textilexportquoten Macaus durch die EU 2005 und die im September stattfindenden ersten Wahlen zur Gesetzgebung seit Bildung der SVRM erörtert. Parlamentsmitglieder gaben während Edmund Hos Besuch bekannt, dass sie die Bildung einer „Macau Freundschaftsgruppe“ zur Förderung der bilateralen Beziehungen planten. (Macau Government Information Bureau website, www.gcs.gov.mo, 17.-20./22./27.6.01; XNA, 28.6.01; SCMP, 23./30.6.01) -ljk-

39 Neues Büro für Angelegenheiten internationalen Rechts

Das Büro für Angelegenheiten der Gesetzgebung (*Legislative Affairs Office*) wurde gemäß einer Mitteilung des Regierungschefs der SVR Macau umbenannt und heißt seit dem 12. Juni „Büro für Angelegenheiten internationalen Rechts“ (*International Law Affairs Office*). Das Büro ist eine Sonder Einheit und steht unter der Aufsicht der Sekretärin für Verwaltung

und Justiz, Florinda Chan. Die Aufgaben des *Legislative Affairs Office* konzentrierten sich auf die Ausdehnung des internationalen Rechts auf Macau und diesbezügliche Fragen nach Bildung der SVR Macau. Einen Teil der Aufgaben des Büros übernahm das im November letzten Jahres geschaffene Büro für Justizangelegenheiten (*Judicial Affairs Office*). Da gegenwärtig über 100 internationale Vereinbarungen und Abkommen bearbeitet werden müssen, wurde die Frist für das Büro um über ein Jahr verlängert und endet jetzt erst Ende 2002. Aufgabe des *Legislative Affairs Office* ist es, bei Verhandlungen, beim Abschluss und bei der Umsetzung von Vereinbarungen internationalen Rechts Rechtsbeistand zu leisten, die Regierung bei der Teilnahme an wichtigen Justizangelegenheiten oder Sitzungen, die multilaterale, internationale oder regionale Organisationen betreffen, zu unterstützen, Entwürfe von Berichten an internationale Organisationen zu fördern und die Durchführung der Vereinbarungen zu koordinieren, die die Justizkooperation zwischen Macau und anderen Regionen, insbesondere mit der EU, betreffen. (Macau Government Information Bureau website, www.gcs.gov.mo, 11.6.01) -ljk-

Taiwan

40 Taiwan bricht diplomatische Beziehungen mit Mazedonien ab

Am 18. Juni beendete Taiwan die diplomatischen Beziehungen mit Mazedonien. Die Regierung kam damit einem entsprechenden Schritt Mazedoniens zuvor, der fällig geworden wäre, nachdem sich der Balkanstaat zu einer neuerlichen Kehrtwende in seiner China politik und zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China entschlossen hatte.

Die im Januar 1999 aufgenommenen Beziehungen (s. C.a., 1999/1, Ü 46) waren in Taiwan als großer diplomatischer Erfolg gewertet worden, da Mazedonien abgesehen vom Vatikan der einzige europäische Staat war, der Tai-

wan anerkannte. Entsprechend intensiv pflegte Taiwan seine Beziehungen zur Regierung in Skopje.

Dort allerdings war man durch den Ausbruch des Bürgerkriegs jüngst in eine diplomatische Notlage geraten, denn zur Lösung des neuen Balkanproblems nötige Beschlüsse im UNO-Sicherheitsrat können durch China als ständiges Mitglied blockiert werden. (China hatte nach dem Abbruch der Beziehungen zu Mazedonien mit seinem Veto eine Verlängerung der UN-Sicherheitsmission für Mazedonien verhindert.) Außerdem hatte sich in Skopje die innenpolitische Situation geändert, da eine Regierung der nationalen Einheit mit Vertretern aus sieben Parteien gebildet worden war. Dadurch spielte auch die Stimme der pekingorientierten Sozialisten wieder eine Rolle. Die von Taiwan gewährte generöse technische und finanzielle Hilfe konnte in den Augen vieler mazedonischer Politiker angesichts der existenziellen Notlage, in der sich ihr Land befindet, kein hinreichendes Argument für die fortgesetzte Nichtanerkennung Chinas bieten. Taiwans Außenminister Tien Hung-mao (Tian Hongmao) reiste zwar noch Ende Mai nach Skopje, um den sich abzeichnenden Bruch abzuwenden, doch war die für Taiwan schmerzliche diplomatische Niederlage aus den genannten Gründen schon nicht mehr zu vermeiden.

Taiwans Position in Mazedonien war trotz der guten Beziehungen zu Ministerpräsident Georgiewski stets heikel. So hatten sich sowohl der alte wie auch der neue Staatspräsident geweigert, das Beglaubigungsschreiben von Botschafter Chang entgegenzunehmen, und trotz der eifrig gewährten Finanzhilfen – zuletzt noch 1 Mio. US\$ als Bürgerkriegsunterstützung – war es Taiwan nicht gelungen, seine Position gegenüber den starken Pro-Peking-Kräften zu festigen.

Als sich der Bruch ernstlich abzeichnete, warnte Taiwan den Verbündeten, es werde sich nicht darauf einlassen, die Beziehungen in halboffizieller Form fortzuführen, sondern auf Wahrung seiner „nationalen Würde“ bedacht sein. Zudem werde Taiwan ernsthaft prüfen, seine elf Hilfsprojekte in Mazedonien mit einem Wert von über 140 Mio. US\$ abzubrechen. Eine